

Vorwort

Anke Martiny

„Nachhaltigkeit“ – „sustainability“ – kommt als Begriff im 15 Jahre alten Langenscheidt'schen Großwörterbuch weder auf Englisch noch auf Deutsch vor. Das ist merkwürdig, denn es ist heute eines der meist gebrauchten Worte, wenn es um die Wirkung oder die Folgen gesellschaftlich bedeutsamer Handlungen geht. Hat sich die Welt so rasch verändert, dass nicht einmal große Lexika auf dem Laufenden sind?

Nachhaltig sollen Energiesparmaßnahmen wirken, „sustainable“ sollen Umweltauflagen sein, auf Nachhaltigkeit zielen zum Beispiel die Programmatik und die beabsichtigte Ausgestaltung eines Großereignisses wie des Evangelischen Kirchentages, der derzeit für den Mai 2007 in Köln geplant wird. Verschwendung ist demnach „mega-out“, Nachhaltigkeit heißt das Gebot der Stunde.

Relativ neu ist der Begriff also wohl, aber er ist weit davon entfernt, lediglich modisch zu sein. Ein Kampfbegriff ist er sicher auch nicht, obgleich er umstritten ist. Benutzt wird er vor allem von jenen, die die Gesellschaft zum Besseren verändern wollen. Aber auch kommunale Amts- und Würdenträger wissen ihn einzusetzen und auf ihre Verantwortungsbereiche anzuwenden.

Der Begriff „Nachhaltigkeit“ umschreibt, dass gesellschaftlich notwendige Maßnahmen oder Projekte keine Eintagsfliegen und keine Ad-hoc-Entscheidungen sein dürfen, sondern zukünftige Entwicklungen berücksichtigen und langfristig positive Veränderungen bewirken sollen. Werden Häuser oder Energieversorgungssysteme modernisiert, so soll damit nachhaltig Energie gespart werden – mit positiven Auswirkungen auf die Kosten und auf die Umwelt. Findet ein Großereignis statt, so wünscht man sich, dass seine Wirkungen nicht wie ein Feuerwerk zerknallen und verpuffen, sondern dass nach dem Ereignis Veränderungen festzustellen sind, die in der Region dankbar bemerkt werden, weil sie langfristig positive Effekte haben.

In einem bestimmten Bereich wird von Nachhaltigkeit zwar oft geschrieben und gesprochen, aber in ihm selbst sind Beiträge dazu eher selten. Das ist der Journalismus. „Nichts ist so fad wie die Zeitung von gestern“, heißt es zum Beispiel oft. Als ob es in den Zeitungen vor allem um die Neuigkeiten, die

„News“ ginge! Viele in der Öffentlichkeit stehende Menschen oder Firmen und Organisationen verlassen sich darauf, negative Medienberichte einfach mit Schweigen zu übergehen und sie „auszusitzen“, denn – wie es heißt – „morgen läuft eine andere Sau durchs Dorf“. Auch die im Halbstundentakt im Radio oder im Fernsehen gelieferten Nachrichten leisten so gut wie nichts, um den Nachrichten andere Qualitäten als den reinen News-Transport abzuverlangen.

Das hier vorliegende Handbuch der „Initiative Nachrichtenaufklärung“ (INA) ist die Fortsetzung des Versuches, dem Umgang mit Nachrichten so etwas wie Nachhaltigkeit zu geben. Es geht darum, die Hektik des News-Umsatzes punktuell zu stoppen und parallel zum sich eifrig weiter drehenden Nachrichtenkarussell Haltepunkte einzurichten, wo Fragen erzwungen werden sollen: „Wie? Das war alles?“ Oder: „Und was geschieht nun weiter?“

Eigentlich sollte sich ja auch der Nachrichten-Konsument gelegentlich fragen, was denn aus einem Vorgang wurde, über den er sich vor Wochen oder Monaten geärgert oder gewundert hatte, oder auch, warum er von manchen schlimmen Dingen gar nichts (mehr) liest.

„Nachrichtenaufklärung“ ist etwas anderes als der Wetterbericht, das Horoskop oder der Veranstaltungskalender. Gemeint ist, dass die Übermittlung von Nachrichten aufklärerische Ziele verfolgen sollte oder muss. Journalisten sollten sich fragen: Warum leite ich eine Nachricht weiter? Treibt mich die Sensationslust? Will ich am Markt der Erste sein? Sodann: Welchen Zweck verfolge ich mit der Weitergabe? Möchte ich öffentlich aufrütteln und Mitstreiter gewinnen? Will ich Zusammenhänge klären und der „res publica“, also den „öffentlichen Angelegenheiten“ dienen? Schließlich: Ist es nicht meine Pflicht, zu beobachten, wie mit der von mir übermittelten Nachricht weiter umgegangen wird? Wird sie totgeschwiegen? Wer greift sie auf? Löst sie Reaktionen aus? – Genauso wichtig ist aber ein Fragenbündel, das danach sucht, warum bestimmte Nachrichten nicht übermittelt werden und warum Journalisten einzelnen Fragestellungen von Relevanz nicht nachgehen.

Die „Initiative Nachrichtenaufklärung“ wurde 1997 von Medien- und Kommunikationswissenschaftlern gegründet. Sie „stellt sich die Aufgabe, Journalisten und Medien auf Themen hinzuweisen, die zu wenig oder gar nicht öffentlich gemacht werden, obwohl sie relevant sind. Die INA will über Gründe und Folgen dieser Vernachlässigung aufklären.“ So steht es im Statut der Organisation. Die Initiative schränkt die aufklärerischen Ziele also etwas ein: Ihr geht es vor allem um Themen, von denen die Medien kaum Kenntnis nehmen. Um diese ins öffentliche Bewusstsein zu rücken, wird alljährlich ein Kranz aus zehn „Top-Themen“ geflochten, derer sich im jeweils vergangenen Jahr nach Meinung der Jury zu wenige angenommen hatten.

Der vorliegende Band enthält und kommentiert diese Top Ten des Jahres 2006 und liefert damit eine seit 1997 zum zehnten Mal neuerlich verbreiterte Basis für die anderen Beiträge des Buches, die sich mit den Gründen befassen, warum bestimmte Nachrichten als wichtig, andere hingegen als vernachlässigungswert betrachtet werden.

Wer heutzutage als Journalist oder auch als NGO Material in die öffentliche Diskussion einspeisen möchte, sieht sich einem harten Wettbewerb um die umkämpfte Ressource Öffentlichkeit ausgesetzt. Auch die beste Recherche bringt ein unbefriedigendes Ergebnis, wenn ihr Resultat am falschen Ort und zur falschen Zeit platziert wird. Auch hierzu bietet das Handbuch zusammenfassende Beiträge.

Die Mechanismen zu durchschauen, wo über die Wichtigkeit und Relevanz von Nachrichten entschieden wird, ist nicht jedem gegeben. Insofern kommt der „Initiative Nachrichtenaufklärung“ die Rolle eines „Media Watchdog“ zu, der sich gern auch investigativer Methoden bedient. Besonders im Lokaljournalismus wächst die Bedeutung der investigativen Recherche. Die wachsende Medienkonzentration macht es ständig schwieriger, politisch belastende Resultate der Recherche öffentlich zu machen und dadurch eine Debatte zu entfachen, die die Dinge klärt. Da kann ein solcher Watchdog helfen.

Die Aufgaben unabhängiger Medien und Journalisten werden angesichts der vermachteten Marktstrukturen immer größer. Einzelne können die Verantwortung für die „Aufklärung mittels Nachrichten“ kaum mehr schultern. Umso wichtiger ist es, dass Organisationen wie die „Initiative Nachrichtenaufklärung“ ihnen beispringen und zu einer laut vernehmbaren Stimme werden.

Die Top Ten der vernachlässigten Themen 2006¹

1. Fehlende Therapieplätze für Medikamentenabhängige

1,4 Millionen Menschen in Deutschland sind von Medikamenten abhängig. Therapieplätze gibt es jedoch nur für die rund 1,7 Millionen Alkoholkranken und die knapp 300.000 Menschen, die von illegalen Drogen abhängig sind. Auch sind die Therapieangebote nicht auf die Bedürfnisse der von psychotropen Medikamenten Abhängigen zugeschnitten: Sie werden meist im Alkoholentzug therapiert, der nicht auf ihre besonderen Probleme ausgerichtet ist. Obwohl der Suchtbericht 2006 der Bundesregierung die Versäumnisse benennt, fehlen in der Berichterstattung Hinweise auf das völlig unzureichende Angebot an Therapieplätzen und die möglichen Ursachen dafür.

2. Über eine Million politische Gefangene in China – unmenschliche Haftbedingungen und Organhandel?

Dass es Menschenrechtsverletzungen in China gibt, ist in der Öffentlichkeit bekannt. Kaum bekannt ist das Ausmaß: Die Zahl der politischen Gefangenen in China liegt nach Schätzungen der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte deutlich über einer Million – eine Zahl, die von Wirtschaftsmeldungen oder der Vorfreude auf die Olympischen Spiele 2008 in Peking verdrängt wird. Zunehmend gelangen Berichte in den Westen, dass Proteste blutig unterdrückt werden sollen. Auch nehmen Meldungen zu, nach denen Hingerichteten die Organe entnommen und diese dann verkauft worden sein sollen. Die chinesische Pressezensur hat notwendige weitere Recherchen bislang massiv erschwert.

¹ Eine ausführliche Dokumentation dieser Top-Ten-Liste sowie eine Übersicht über die Top-Themen der Jahre 1997 bis 2005 finden sich in einer separaten Aufstellung auf den Seiten 179-239.

3. Stromfresser Internet

Klick für Klick, Mail für Mail verbraucht das Internet gewaltige Mengen Strom. Bereits im Jahre 2010 werden dafür – wenn die Energieeffizienz nicht steigt – voraussichtlich drei Atomkraftwerke laufen müssen. Während Energiesparen zu Hause längst populär geworden ist, ist dies in vielen Rechenzentren kaum ein Thema. Verbraucher machen keinen Druck für energiesparende Serverfarmen, weil deutsche Medien darüber kaum berichten. Das Thema ist in seiner gesamten Bedeutung – abgesehen von einer kurzen Themenkarriere im Jahr 2003 – in den deutschen Medien vernachlässigt worden.

4. Biowaffen aus dem Internet

Gefährliche Krankheitserreger lassen sich aus frei über das Internet erhältlichen Gen-Sequenzen zusammensetzen. Dieser Versandhandel unterliegt keiner wirkungsvollen Kontrolle. Terroristische Organisationen mit entsprechender Kenntnis und Ausrüstung könnten so zum Beispiel in den Besitz des Pocken-Virus gelangen, gegen den es keinen ausreichenden Impfschutz mehr gibt. Eine internationale Biologen-Konferenz hat bereits im Mai 2006 vor der Gefahr eines Missbrauchs gewarnt. Die Berichterstattung über dieses Thema ist im Vergleich zu seiner Brisanz gering.

5. Wenn Insider Alarm schlagen – Whistleblower haben in Deutschland einen schweren Stand

Von Korruption bis zum Gammelfleisch: Missstände in Unternehmen werden oft erst dadurch bekannt, dass Mitarbeiter sich an die Öffentlichkeit wenden. Im internationalen Vergleich haben es so genannte Whistleblower in Deutschland jedoch schwer. Sie werden nicht nur als Denunzianten hingestellt, sondern haben auch – anders als etwa in den USA oder in Großbritannien – keinen besonderen Rechtsschutz. Medien berichten vereinzelt über firmeninterne Maßnahmen wie Korruptions-Hotlines, nicht aber über die prekäre Rechtslage.

6. Keine Zukunft für die Sahrauis

Die Sahrauis leben seit mehr als 30 Jahren in Flüchtlingslagern in der Westsahara. Marokko blockiert jede Bemühung, den Konflikt mit der Befreiungsbewe-

gung Polisario öffentlich werden zu lassen. Die UNO versucht vergeblich, die Konflikt-Parteien zu einer Lösung zu führen. Hilfsorganisationen wie Medico International ziehen sich zurück. Das Schicksal der Sahrauis stand 2002 stellvertretend für vergessene Kriege an der Spitze der vernachlässigten Themen der Initiative Nachrichtenaufklärung. Heute können die Sahrauis als das vergessene Volk bezeichnet werden.

7. MEADS: Auf welche Berater verließ sich die Bundesregierung?

Laut einem WDR-Fernsehbeitrag hat die rot-grüne Regierung vor ihrer Entscheidung, das umstrittene Raketen-Abwehrsystem MEADS mitzufinanzieren, drei Politikberater konsultiert, die Verbindungen zum beteiligten EADS-Konzern hatten. Die anteiligen Entwicklungskosten für MEADS belaufen sich für Deutschland auf voraussichtlich eine Milliarde Euro. 2008 steht die Entscheidung über die Beschaffung an. Die Verbindungen wurden nur in einem Bericht des WDR-Magazins „Monitor“ aufgedeckt. Eine weiter gehende Berichterstattung, eine Überprüfung der vorgelegten Analysen oder eine breite öffentliche Diskussion über die Notwendigkeit des Rüstungsprojekts stehen aus.

8. Agrarsubventionen: EU verhindert rechtzeitige öffentliche Debatte

Obwohl im Herbst letzten Jahres die Offenlegung aller Informationen über EU-Agrarsubventionen auf europäischer Ebene für 2007 beschlossen wurde, werden sie der deutschen Öffentlichkeit weiterhin vorenthalten. Von den Medien weitgehend unbemerkt, hat die EU auf Druck einiger Mitgliedsstaaten die Pflicht zur Veröffentlichung der Agrarbeihilfen mittlerweile auf das Jahr 2009 verschoben, obwohl 2008 eine Neuverhandlung des EU-Haushalts und der Agrarsubventionen geplant ist. Offenbar möchte man verhindern, dass Informationen bereits vor der Neuaushandlung des EU-Agrarhaushalts ans Licht kommen.

9. Öl-Konzern hintertreibt Klimaschutzpolitik

Exxon Mobil betreibt intensive Lobbyarbeit in Brüssel und in Deutschland, um eine Lockerung der Klimaschutzprotokolle zu erreichen. Deutsche Medien haben darüber kaum berichtet.

10. Pauschale Bonitätsprüfung

Der Scorewert ist ein umstrittener, rein statistischer Wert, der vor allem Banken für eine Beurteilung der Bonität eines Kunden dient. Die Verbraucher sind über diese Bewertungskennzahlen oft nicht informiert und können daher auch keine Fehler korrigieren. Sofern sie wissen, wie der Wert zu Stande kommt, ist ihnen meist nicht klar, dass sie das Recht haben, auch gezielt nachzufragen, um ihre Kreditwürdigkeit zu verbessern. Die Aufklärung über die Kennzahlen zur Kreditwürdigkeit sollte in einem kooperativen Stil zwischen Banken und Kreditkunden geschehen. Das Thema ist wichtig, weil es Millionen von Bankkunden betrifft und zur Transparenz und Vertrauensbildung in der Beziehung zwischen Banken und ihren Kunden beiträgt.